

Ressort: Politik

Widerstand in der Union gegen Soli-Pläne

Berlin, 04.03.2015, 13:04 Uhr

GDN - In der Union regt sich Widerstand gegen das Vorhaben, den Solidaritätszuschlag erst ab 2020 abzusenken und dann bis 2030 ganz abzuschaffen. "Die Abschaffung des Soli ist längst überfällig", sagte der Vorsitzende des Bundestags-Wirtschaftsausschusses, Peter Ramsauer (CSU), der "Bild" (Donnerstag).

"Am besten wäre es, den Zuschlag mit seinem Auslaufen 2019 ersatzlos zu streichen. Die finanziellen Spielräume dafür sind da - vor allem wenn man bedenkt, wie viele Milliarden wir zur Rettung des Euro und Griechenlands im Handumdrehen mobilisiert haben." Die Bürger dürften nicht den Eindruck bekommen, dass für Griechenland und den Euro Milliarden da seien, während sie selbst in die Röhre guckten, so Ramsauer weiter. Der CSU-Politiker sprach sich zudem dafür aus, die sogenannte Kalte Progression im Steuerrecht unverzüglich abzuschaffen: "Die Beseitigung der Kalten Progression muss jetzt angepackt werden. Denn in Zeiten niedriger Inflation tut es dem Finanzminister nicht weh. Ich warne davor, das Thema wieder auf die lange Bank zu schieben."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-50788/widerstand-in-der-union-gegen-soli-plaene.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619